

Völkische Tapezierer u. Portefeulien-Zeitung

Organ

des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeulien-Verbandes

Inferate kost. die sechsgep. Nonp.-Zeile 60 Pf.	Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b ^m Fernsprecher: Amt Vorhölzsch Nr. 2120	Er erscheint alle 8 Tage
---	--	--------------------------

Die Tarifverhandlungen in der Lederwarenindustrie.

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums fanden für das Gebiet des Offenbacher Vertrages am 3. Juli nochmals Einigungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Referenten O. Bauer statt. In den fast 14stündigen ununterbrochenen Verhandlungen wurde ein vorläufiges Resultat erzielt. Die Parteien wurden verpflichtet, bis Montag 8 Uhr nachmittags eine Erklärung über die Annahme oder Ablehnung abzugeben. Der Vertrag wurde daraufhin redaktionell ausgearbeitet und stand nun in den vornehmlichsten Bezirken zur Abstimmung. Infolge der fast einmütigen Ablehnung des Gesamtvertrages konnte sich der Vorstand in seiner Sitzung am Sonntag, den 6. Juli, nicht entschließen, den Vertrag anzunehmen. Zwischen dem jetzt vorliegenden Vertrag und dem am 30. April abgelaufenen sind so große Differenzen entstanden, daß wir diese Belastungsprobe nicht ertragen können und einen tariflosen Zustand vorziehen. Im übrigen verweisen wir auf den Artikel in voriger Nummer, dessen Schlussfolgerungen auch heute noch zutreffen. Über den Offenbacher Streit fällt heute die Entscheidung und werden wir in der nächsten Nummer unserer Zeitung weiter berichten.

Wir Unzufriedenen!

Zufriedenheit ist der Hemmschuh jeden Kulturfortschritts.

Die Entwicklungsgeschichte der Menschheit lehrt uns, daß die eigentliche Triebkraft jedes menschlichen Fortschritts die Unzufriedenheit der Menschen mit ihrer jeweiligen Lebenslage gewesen ist. Ohne diese Unzufriedenheit wäre der Aufstieg der Menschheit, aus primitiven zu höheren Stufen der Kultur und des Lebensgenusses, nicht in dem Tempo vor sich gegangen, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist. Und bis auf unsere Tage ist letzten Endes die Unzufriedenheit der Völker der Menschheit in Bewegung hält, der sie immer wieder antreibt, auf Mittel und Wege zu finden, um die Lebensmöglichkeiten zu schaffen und zu verbessern, ohne welche der moderne Mensch einfach nicht mehr bestehen kann. Obwohl uns die Geschichte lehrt, daß schon vor Jahrtausenden hochentwickelte Kulturvölker auf unserer Erde gelebt haben, gibt es doch auch heutigen Tages noch Völker, die auf einer sehr primitiven Kulturstufe ihr Leben fristen. Diese kommen nicht vorwärts, weil sie anscheinend mit dem wenigen zufrieden sind, was ihnen Natur und Klima ihrer Geburtsstätte bietet. Im allgemeinen lehrt uns jedoch die Entwicklungsgeschichte, daß der Mensch sich nach und nach aus des Lebens Niederungen durch eigene Kraft emporgearbeitet hat. Das läßt sich sinnenfällig nachweisen vor allem auf dem Gebiete der Ernährung, Kleidung und Wohnung. In grauer Vorzeit nährte sich der Mensch von Wurzeln, Beeren und Kräutern, vom Fleisch erlegter Tiere, die ihm auch zugleich Kleidung und Rüstschutz liefern mußten. Die Wohnung fand der Urmensch in hohen Bäumen, in Höhlen und Erdhöhlen, allen Unbillen der Natur fast schutzlos preisgegeben. Er war mit diesem Zustande unzufrieden und sann nach, wie er sich das Leben gemüßlicher gestalten könne. Eine Erfindung nach der anderen wurde gemacht, bis es schließlich gelang, richtige Wohnhäuser zu erbauen, mit Türen und Fenstern, mit Dächern zum Heizen und Kochen. Gerade das Wohnungswesen und seine Entwicklung zeigt uns sinnenfällig den kulturellen Aufstieg der Menschheit.

Wenn man nur hundert Jahre zurückgeht, und beachtet, wie die Menschen damals gewohnt und wie sie heute wohnen, trotz aller Schmerzen Lebel der Wohnungswelt, so springt uns der Unterschied doch so klar in die Augen, daß der Fortschritt unverkennbar wird. Wären diese Menschen immer mit ihrer jeweiligen Lebenslage zufrieden gewesen, so wären unsere

Lebensformen noch immer dieselben wie früher. Wir hätten keine Wohnungen mit hellen Fenstern, mit heizbaren Dächern, mit zum Teil hübschen Möbeln und sonstigem Bewerkl, wie es eine verfeinerte Lebensführung beansprucht.

Gerade die Ansprüche der besitzenden Klassen an das Leben und die Art, wie sie ihre Bedürfnisse zu befriedigen suchen, hat auch anspornend auf die anderen Klassen eingewirkt. Die Ansprüche, die heute die herrschenden Klassen an das Leben stellen, sind in bezug auf die Art ihrer Befriedigung zu einem großen Teil geradezu als raffiniert zu bezeichnen. Die moderne Villa eines Fabrikbesizers oder Direktors, eines großen Finanziers oder irgendeiner anderen führenden Größe der heutigen Gesellschaft, übertrifft oft, trotz scheinbarer äußerer Einfachheit, in bezug auf die innere Einrichtung, was man sich etwa unter einem Märchenschloß vorstellen mag. Die Bedürfnisse und Ansprüche an eine raffinierte, feinere Lebensweise sind demnach bei diesen Schichten der modernen Gesellschaft aufs beste erfüllt.

Das schließt natürlich keineswegs aus, daß auch unter ihnen sich viel Unrecht befindet. So mancher ist schnell hochgestiegen und noch schneller wieder heruntergerutscht.

Alle diese „Genießer“ der modernen Lebensverhältnisse sind bis zu einem gewissen Grade als Parasiten am Volksganzen zu bezeichnen. Ihr „Reichtum“ ist nicht das Ergebnis eigener Arbeit, sondern aus der Aneignung des Ertrages fremder Arbeit in dieser oder jener Form zusammengerafft. Selbst das ererbte Kapital, das zur Erhaltung irgendeiner kapitalistischen Unternehmung gebildet hat, ist letzten Endes daher genommen, denn die Arbeit ist und bleibt die Quelle allen Reichtums!

Die moderne Arbeiterchaft sieht das alles vor ihren Augen. Ein großer Teil davon, soweit er über die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge und über die Kräfteverhältnisse der verschiedenen Interessengruppen, die äußerlich in den verschiedensten Organisationen und in den politischen Parteigruppen ihren Niederschlag gefunden haben, hat die Ruhanwendung aus diesen Tatsachen gezogen und sich politisch und gewerkschaftlich organisiert.

Die Jahrtausende, auf welche die Menschheit in ihrer Entwicklungsgeschichte zurückblicken darf, lehren uns unzweifelhaft, daß es in allen Zeitperioden Unterdrückte und Unterdrückte in der menschlichen Gemeinschaft gegeben hat. Die Tatsache ist nicht zu leugnen, nur die Formen der Ausbeutung der unteren Klassen durch die oberen haben sich geändert. Aus der Sklaverei und Leibeigenschaft ging der sogenannte freie Arbeiter hervor. Der Arbeiter unserer Zeit ist scheinbar frei wie der Unternehmer auch. Und doch ist er nach wie vor ein Sklave in moderner Form, verurteilt, für den „Besitzenden“ in dieser oder jener Form Arbeit oder Dienste zu leisten, wenn er nicht verhungern will.

Für diese Arbeit oder Dienstleistung erhält er in der Regel nicht mehr Lohn oder Gehalt, wie er zur Fristung des Lebens, einen in länglichster Weise gerade notwendig braucht. Einen Teil des Ertrages seiner Arbeit eignet sich der Unternehmer — Aktionär oder Teildhaber — der Kapitalbesitzer an, der natürlich um so viel größer ist, je mehr Arbeiter, Angestellte und Beamte im Unternehmen beschäftigt werden. Mit diesen leicht zusammengerafften Mitteln werden in unserer Zeit jene villen- und schloßartigen Wohnhäuser errichtet, die in der Umgebung aller Industriebezirke, in schön gelegenen Gebirgsorten, an der See usw. wie Pilze aus der Erde entstanden sind.

Die große Masse des erwerbstätigen Volkes sieht das alles, während sie selbst unter einer furchtbaren Wohnungsnot leidet. Sie sieht weiter, wie in Geschäfts- und Warenhäusern alle Gegenstände des täglichen Bedarfs in reichlichen Mengen zum Verkauf angeboten werden. Der Lohn und das Gehalt reichen aber knapp aus, um nur den notwendigsten Ansprüchen zu genügen. Alle etwa weiterreichenden Wünsche müssen unterdrückt werden.

Die Arbeiter und Angestellten, soweit sie, wie gesagt, diese Zustände richtig zu beurteilen verstehen, haben sich in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zusammengeschlossen. Sie haben erkannt, daß nur durch die organisierte Macht eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse möglich ist. Der Eigennuß, die Selbsttucht, möglichst schnell wohlhabend zu werden, verhärtet fast jedem Unternehmer das Herz und macht ihn seinen Mitmenschen gegenüber zum Ausbeuter und Unterdrücker.

Diese Tatsache erkennt natürlich auch der unorganisierte Ausbeutete rein gefühlsmäßig, ohne jedoch die verstandesgemäßen logischen Schlüsse zu ziehen und sich fest und treu seiner Berufsorganisation anzuschließen.

Auch der Unorganisierte ist unzufrieden mit seiner Lage, mit seinen Verhältnissen, in welchen er lebt. Er zieht aber verkehrte Schlüsse, denn vielfach glaubt er seine Position dadurch beim Unternehmer ganz besonders verbessern zu können, wenn er seiner Berufsorganisation nicht nur fernbleibt, sondern die Organisation auch noch verunglimpft. Wie oft sind diese schlechten Denker nicht schon bitter bestraft worden? Oft erst nach 20., 30. und noch langjähriger Tätigkeit bei ein und demselben Unternehmer sind sie bei geringfügigen Ursachen rücksichtslos entlassen worden.

Das war der Lohn für langjährige treue Dienste, die Anerkennung, die der Unternehmer dem alten Arbeiter sollte, der seine Kräfte für ihn aufgerieben hat! Viele dieser Enttäuschten finden dann an ihrem Lebensabend doch noch den Weg zur Berufsorganisation, die sie so lange gemieden hatten.

Selber ist es dann zu spät, den Schaden wieder gutzumachen, den sich die Leidtragenden falscher Spekulationen selbst zugefügt haben. Deshalb kann nicht drinend und oft genug der Mahnruf an die „Unorganisierten“ gerichtet werden: organisiert euch schnellstens und schiedet es nicht auf, bis ihr im Dienste des Kapitals alt und verbraucht geworden seid. Was ihr in all den Jahren zu wenig an Lohn erzielte, könnt ihr nie mehr zurückgewinnen. Und noch schwerer muß euch das Schuldgefühl auf dem Herzen liegen, durch euer Fernhalten von der Organisation dazu beigetragen zu haben, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht so verbessert werden konnten, wie es oft möglich gewesen wäre, hätten sich die Unorganisierten nicht abseits gestellt.

Wir Organisierten sind mit Recht nicht zufrieden mit unserer Lebenshaltung, wie sie jetzt ist. Wir wollen aber nicht für uns allein, sondern für die gesamte Arbeiterchaft eine höhere Kulturstufe erringen. Wir wollen empor, in geistiger, sittlicher, wirtschaftlicher Entwicklung zu höheren Lebensformen, wie die besitzenden Klassen auch! Auf die raffinierten Auswüchse überspannter Lebensgenüsse verzichten wir gern. Wir wollen eine Lebenshaltung, die im angemessenen Verhältnis steht zur allgemeinen Kulturhöhe unserer Zeit.

Die neue Beitragsregelung.

Am 1. Juli sind die in Nr. 13 dieser Zeitung unter Nachtrag I zum Statut beschlossenen Änderungen in Kraft getreten. Verschiedene Zuschriften aus unseren Verwaltungsstellen lassen erkennen, daß über die Beitragskassen, sowie über die Rechte die aus einer regelmäßigen Beitragszahlung hergeleitet werden können, Unklarheiten bestehen. Jedes Mitglied muß sich doch selbst sagen, daß es in seinem eigenen Interesse liegt, wenn er die richtige, für ihn in Betracht kommende Beitragsklasse von vornherein wählt. Ferner, daß es keinen Zweck hat, wenn sein Stundenlohn mal etwas geringer werden sollte, gleich wieder in die niedrigere Beitragsklasse überzugehen. Das Mitglied würde sich dann nur selbst schädigen.

Am 1. Januar 1925 wird voraussichtlich die Erwerbslosenunterstützung in Kraft gesetzt, dann wird sich zeigen, daß jene Mitglieder, die ihre Beiträge in der richtigen Höhe gezahlt haben und in der höheren Klasse geblieben sind, dies mit Freude begrüßen, wenn sie

die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch nehmen müssen. Der Absatz 8 des § 6 unseres Verbandsstatuts lautet: „Der Eintritt in eine höhere als die zuständige Beitragsklasse steht jedem Mitglied frei. Mitglieder, die aus einer niederen in eine höhere Beitragsklasse übersteigen, erwerben erst Anspruch auf die der höheren Beitragsklasse entsprechenden Unterstüßungen, wenn vom Tage der Inanspruchnahme einer Unterstüßung zurückgerechnet, mindestens 26 Wochenbeiträge der in Frage kommenden höheren Klasse bezahlt sind.“

Beachtlich ist dann besonders der folgende Teil des Absatz 8 des § 6.

„Der Rücktritt in eine niedrigere Beitragsklasse kann nur erfolgen infolge Wechsels der Berufstätigkeit oder infolge verminderter Arbeitsfähigkeit; in diesem Falle werden die Unterstüßungsansprüche sofort die Höhe für die zuständige niedrigere Unterstüßungskategorie bezahlt.“

Der Sinn dieser Bestimmung ist klar. Jedes Mitglied wird im eigenen Interesse Wert darauf legen, sich seine Rechte an die Leistungen des Verbandes in der höheren Klasse zu erhalten, denn es würde sich ja selbst schädigen beim Rücktritt in eine niedrigere Beitragsklasse.

Es gibt aber noch eine große Menge von Argumenten, die es jedem Mitglied zur Pflicht machen, in der Beitragszahlung die größte Opferwilligkeit zu betätigen. Wer nur ein wenig nachdenkt, wird sich selbst schon gesagt haben, daß unsere Organisation gerade jetzt die Solidarität der Mitglieder und Berufsgenossen bringend nötig braucht. Das Unternehmertum hat uns in eine große Anzahl schwerer Kämpfe verwickelt, die unseren finanziellen Gesundungsprozeß zwar nicht verhindern, aber doch sehr aufhalten müssen. Sie machen die augenblickliche Situation auszunutzen, um Tarifverträge zu erhalten, die für uns Verschlechterungen enthalten.

Wir haben den Kampf ausgenommen, trotzdem die Zeit ungünstig für uns war. Diese Kämpfe verschlingen jedoch sehr hohe Summen, daher ist es notwendig, daß jeder Berufsgenosse sich das klar macht, und seine Pflicht gegenüber der Organisation auf das pünktlichste erfüllt.

Aber auch an die Ortsvereinigungen müssen wir die Mahnung richten, daß sie ihre Mitgliedern über die jeweilige Situation richtig informieren und auch versuchen müssen, ihre Opferwilligkeit zu wecken. In den letzten Nummern unserer Verbandszeitung mußten eine entsprechend große Anzahl von Orten veröffentlicht werden, die noch nicht einmal die Abrechnung vom 1. Quartal eingeleistet hatten, wo bereits die Abrechnung für das 2. Quartal abgeschlossen werden sollte.

Daraus geht hervor, daß in den laumigen Mitgliedern eine erge Wirtschaft herrschen muß, und dadurch die Organisation gerade in dieser Zeit nicht auf der notwendigen Höhe steht. Wenn die Ortsvereinigungen ihre Pflicht tun, sind sie jedenfalls in der Lage, pünktlich abzurechnen, und der Hauptkassierer ist dann in der Lage, die Gesamtabrechnung baldigst fertigzustellen.

Genau ist die „Müdigkeit“ in unseren Mitgliederkreisen noch nicht ganz überwunden. Die mühslichen Zustände in unserem ganzen Wirtschaftsleben, hohe Preise, niedrige Löhne, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, sind Faktoren, die unseren Funktionären die Arbeit unter der Kollegenschaft erschweren und sie über vieles hinwegsehen lassen.

Das trifft auch vielfach auf die Lust in der Beitragszahlung zu. Es hilft aber alles nichts, werden alle durch diesen Mangel von Hindernissen hindurchzukommen versuchen. Und wir kommen durch, sofern sich alle klar machen, daß der Verband intact bleiben muß, und daß es dabei auf die Mitarbeit eines jeden einzelnen ankommt.

Ohne die Mitarbeit der Funktionäre in den Orten geht es natürlich nicht. Diese müssen an die Mitglieder und Anorganisierten heranzukommen wissen und sie dafür gewinnen, daß sie sich nicht nur in Reich und Glied mit uns stellen, sondern auch opferwillige Kämpfer werden.

Wir dürfen nicht müde werden, und müssen diese Winenwahrheiten, den Appell an den Verstand, daß wir uns nur selbst helfen können, immer wieder den Berufsgenossen vorhalten. Unausgesehener Tropfenfall löst auch den härtesten Stein aus. So besetzt auch unangesehene, treue Aufklärungsarbeit die Indifferenz, die Unlust, für die Berufsorganisation schenken Opfer zu bringen, die in Wirklichkeit gar keine Opfer sind.

Denn die Verbandbeiträge sind ja nur der Grundstock für alles was die Organisation erringt und leistet.

Kein vernünftiger Mensch wird heute noch bestreiten wollen, daß unsere ganzen Existenzbedingungen ohne Organisation aufrechterhalten werden könnten. Ohne Organisation würden die Unternehmer mit uns völlig schindlicher treiben. Das ist allen bekannt, selbst den Indifferenten, und dennoch müssen wir unangesehener auf sie einwirken, damit sie sich ihrer Selbsthaltungspflicht nicht entziehen.

Helft also mit, damit unsere Mahnung Beachtung findet.

Die deutsche Wirtschaft im Juni.

Aus den Berichten der Handelskammern ergibt sich, daß sich die Wirtschaftslage im allgemeinen verschlechtert hat. Die Kapital- und Kreditnot läßt sich durch die Beschränkungen und Betriebsbeschränkungen, ferner dazu, daß sich viele Unternehmer unter Geschäftsaufsicht begeben wollten. Zahlreiche Konkursanmeldungen und Ausverkäufe führen eine erhebliche Preissteigerung, besonders in Schuh- und Textilwaren herbei. Besonders schlimm lauten die Meldungen über die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet.

Die Bautätigkeit hat sich durch Gewährung von Mietsteuerhochzinsen in jüngster Zeit wieder etwas lebhafter gestaltet. Es ist auch zu beobachten, daß an verschiedenen Häusern notwendige Ausbesserungsarbeiten ausgeführt werden.

Während die Preise für Rohstoffe infolge der Absatzrückgänge etwas herabgesetzt wurden, haben die Butterpreise in den letzten Tagen wieder merklich angezogen.

Nach einem Bericht im „Berliner Tageblatt“ hat der Reichsfinanzminister Dr. Luder die Finanzlage des deutschen Reiches als eine recht mühselige und trübe geschildert. Danach weist der Haushaltsplan für das Jahr 1924 einen Fehlbetrag von 470 Millionen Goldmark auf. Die deutsche Wirtschaft sei nicht imstande, die Kosten der Bekleidung des Rheins- und Ruhrgebiets, einschließlich der Rohhaltung der Zolleinnahmen für dieses Gebiet zu tragen. Die Lage der deutschen Wirtschaft beginne jetzt wirklich verzweifelt zu werden. Am 1. Oktober werde das Reich einen Fehlbetrag von 140 Millionen haben. Zur Abdeckung könnten neue Steuern nicht erhoben werden, auch stände nicht in Aussicht, eine Anleihe auf eine längere Frist zu erhalten. In den letzten Tagen haben sich die Ausläufer auf Auslandskredite anscheinend wesentlich gebessert, nachdem die Annahme des Sachverständigenrats sich gelöst ist. Wenigstens lauten die Berichte über die Stimmung in Amerika und England gegenüber Deutschland seitdem sehr viel günstiger.

Zur Frage der Arbeiterbildung.

Die Arbeiterbildungsfrage kann nicht oft und eingehend genug behandelt werden. Wir bringen deshalb auch hierzu den folgenden kurzen Beitrag gern zum Abdruck, den wir der gewerkschaftlichen Zeitschrift des „Hamburger Echo“ entnehmen:

„Das staats- und wirtschaftspolitische Interesse an der Arbeiterbildung ist wiederholt hervorgehoben worden. Es ist vom Staat anerkannt und deutlich bekundet durch die im März 1921 zwischen dem preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einerseits und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, A.D.G.B., Deutschen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und dem Deutschen Beamtenbund andererseits getroffene Errichtung der „Akademie der Arbeit“ an der Universität Frankfurt a. Main. Die Lehrgänge sollten 9 Monate dauern und Hörer beiderlei Geschlechts zugelassen werden. Voraussetzung für die Zulassung war, daß sie ein für ein erfolgreiches Studium ausreichendes Alter und die notwendige Reife des Geistes und Charakters besäßen. Neben diesen Voraussetzungen mußte eine bestimmte Berufsausbildung und längere Berufstätigkeit nachgewiesen werden.“

Ausdrücklich der Unterhaltskosten der Teilnehmer, die von den Organisationen zu tragen sind, werden alle übrigen Unkosten aus Reichs- und Staatsmitteln aufgebracht.

Wird der Errichtung der Akademie der Arbeit ist das staatliche Interesse an der Heranbildung eines, wozu auch nur beschränkter Kreises von Personen offen bekundet und zugleich der Versuch unternommen worden, Männern der Wirtschaft und Verwaltung, die zum größeren Teil keine höhere Schulbildung zu ermöglichen. Umfang und Belegung sind darauf gerichtet, die Hörer zu selbstständiger Geistesarbeit und wissenschaftlichem Denken zu erziehen, also einen Stamm von Männern heranzubilden, die in der Lage sind, als Führer in der Wirtschaft tätig zu sein.

Neben der Akademie in Frankfurt a. M. bestehen noch Bildungseinrichtungen in Köln, Tübingen, Berlin und Düsseldorf, die sich im Aufbau sowohl als auch im Belegungsstand der „Akademie der Arbeit“ unterscheiden. Im Ziel sind sie alle einig, nämlich den Hörern eine Vertiefung der Kenntnisse neben der Berufsausbildung zu ermöglichen.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben es miterschiedlich, daß der Staat in den letzten Jahren gerade diesem Gebiet die notwendige Aufmerksamkeit nicht hat widmen können. Das Verfallene kann und muß aber nachgeholt werden angesichts der Tatsache, daß für die Zukunft Deutschlands Wirtschaft die größten Anforderungen an den einzelnen stellt.

Wenn die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main nur einem beschränkten Personenkreis die Teil-

nahme gestattet, so genügt das unseres Erachtens nicht. Es ist durchaus denkbar, daß in bestimmten Wirtschaftsgebieten eine Bildungsstätte geschaffen wird, die als Vorstufe für die vervollkommnete Tätigkeit der Akademie gilt, wie man sie für Köln, Tübingen und Berlin bereits gehen lassen kann. Diese Schulen müßten über das ganze Reich ausgedehnt werden. Anfänge zur Schaffung einer Wirtschaftsschule waren auch schon in Hamburg vorhanden. Im Jahre 1921 wurden bereits Verhandlungen mit der Regierung in Schleswig, den Senatoren von Lübeck und Hamburg gepflogen. Geschellert ist das Problem an den sich unglücklich entwickelnden Finanzverhältnissen. Es kann aber mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß seitens der Gewerkschaften das Problem wieder aufgegriffen wird.

Wenn oben gesagt worden ist, es solle für bestimmte Wirtschaftsgebiete eine Bildungsstätte geschaffen werden, so kann man dem entgegenhalten, wir haben in den größeren Städten die Volkshochschulen. Jawohl, das stimmt.

Ohne den Volkshochschulgedanken und keine nicht zu unterschätzenden Erfolge herabsetzen zu wollen, muß doch einmal die Frage aufgeworfen werden, inwieweit die Volkshochschule in ihrer jetzigen Form besonderen gewerkschaftlichen Bedürfnissen entgegenkommen und inwieweit der psychologischen Einstellung besonders der Handarbeiterklasse Rechnung getragen werden konnte. Wenn bei der Unterstüßung dieser Fragen der Erfolg der Volkshochschule in etwas negativ ausfällt, so liegt das in ihrer heutigen Form. Bezüglich der gewerkschaftlichen Bildung ist die heutige Volkshochschule aus ihrer Problemstellung noch nicht herausgekommen.

Es müssen aber Wege gefunden werden, die auch den Gewerkschaften ermöglichen, sie mit ihren Mitgliedern zu betreten. Wenn der Staat etwas Nebenliches wie in Frankfurt usw. auch für andere Wirtschaftsgebiete schaffen würde, dürfte er des Interesses der Organisationen sicher sein. Aber solche Schulen beschränken die Anzahl ihrer Hörer naturgemäß auf ein Minimum. Darüber hinaus ein Bildungsinstitut zu schaffen, das jährlich eine größere Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern zu Pionieren für Arbeiter- und Wirtschaftspolitik heranzieht, muß eine der nächsten Aufgaben der Gewerkschaften in der Zeit ihres Wiederaufbaues sein. Inwieweit der Staat hieran seinen Teil mittragen kann und wird, muß sich erst erweisen. Jedenfalls drängt die Notwendigkeit der Bildungsarbeit zu einer baldigen Lösung.“

Zweifellos muß der Weiterbildungsfrage unter höchstem Interesse gewidmet werden. Sport und Spiel ist gewiß der heranwachsenden Jugend zu gönnen, doch darf sie keineswegs ganz darin aufgehen. Es gilt nicht nur neue Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, sondern vor allem, daß die bereits vorhandenen noch mehr benutzt werden.

Aus unseren Berufskreisen.

Zur Lage in der Lederwarenindustrie. Wer die Fachzeitschriften unserer Berufe verfolgt, gewinnt von deren Inhalt bald den Eindruck, daß da vieles als „Zellenstünder“ zu bewerten ist. Viele Artikel sind mehr Spaltenfüller, als daß man ihrem Inhalt einen besonderen Wert und Nutzen beilegen könnte. Das möchte auch noch hingehen. Aber schlimmer ist es schon, wenn die Objektivität der Darstellung tendenziös durch die Sucht entstellt wird, die Arbeiter der Branche resp. deren Führung in schlechtem Licht darzustellen. Es ist doch nur ein Armutszeugnis, wenn Journalisten ihre Arbeiten mit Anschwärzen der Arbeiter zu würzen suchen müssen, um sie interessant für Unternehmerkreise zu machen.

Es ist aber auch sehr wahrscheinlich, daß sehr oft die Situation in der Branche (hier dargestellt) wird, wahrscheinlich, weil man das für zweckmäßiger hält, als sich streng an die Tatsachen zu halten. So wird beispielsweise in der „AZ“ die Lage in der Lederwarenindustrie als sehr trübe dargestellt, was so auch der Fall war in der letzten Zeit. Es wird aber nicht berichtet, daß sich die Industrie neuerdings wieder sehr stark in Ledererläufen betätigt hat! Ob die Selbstnappheit und die Kreditnot in Wirklichkeit in den Kreisen der Lederwarenfabrikanten so groß ist, wie es immer hingestellt wird, ist auch sehr schwer nachzuprüfen. Diese Kreise stellen sich immer als die armen Teufel hin, wenn es ihr Interesse zu erfordern scheint. Betrachtet man aber ihr Tun und Lassen etwas genauer, dann kommt man bald zu der Überzeugung, daß da nicht alles stimmt. Es ist überhaupt erstaunlich, welche Widersprüche man oft in solchen Fachzeitschriften findet. Da heißt es z. B. in einem Artikel von H. Müller in Nr. 27 der „AZ“: „Wir sollten uns endlich dazu entschließen, jeden auf das schärfste zu ächten, der noch einmal an der Inflation zu gewinnen oder durch Streik u. dgl. sein Arbeitseinkommen zu erhöhen sucht.“ Hier wird der Arbeiter, der sein Einkommen auf keine andere Weise zu erhöhen vermag, als durch zeitweilige Arbeits-

Einstellung, mit dem Inflationspekulanten auf eine Stufe gestellt. Ist das nicht unerhört! Gleich darauf heißt es aber: „Das Inlandsgeheim ist gegenwärtig sehr still geworden. Die unzulängliche Kaufkraft zwingt alle Schichten der Bevölkerung zu äußerster Sparlichkeit.“ Das letztere ist auch so eine Plebensart. Wer belacht denn die Badecorte, die Sommerfrischen im Gebirge, an der See so massenhaft? Die Arbeiterreise sind es zum wenigsten, die können sich das nicht leisten. Es gibt aber breite Schichten, bei denen ist von einer geschwächten Kaufkraft nichts zu merken, die gestalten sich jeden Genuß, die fahren auch ruhig in die sogenannte Erholung und sperren ihre Arbeiter während dieser Zeit aus resp. sie schließen einfach die Betriebe!

Herr H. Müller führt in besagtem Artikel auch an, daß in Offenbach schon vor Beginn des Streiks in der Lederwarenindustrie die Erwerbslosigkeit innerhalb zehn Tagen um über 50 Proz. gestiegen sei. Unmittelbar vorher heißt es aber, daß die Offenbacher Fabrikanten noch große Lager Borräte besäßen und diese zu Schleuderpreisen abzustößen suchten. Wenn das wahr wäre, müßte ihnen der Streik der Portefeulier ja geradezu willkommen gewesen sein als Ruhepause. Trotzdem schreibt Herr M. weiter: „Statt den Arbeitnehmern die trostlose Lage der Industrie klarzumachen, haben gewissenlose Elemente nichts anderes zu tun gehabt, als mit Hilfe ihrer einflussreichen Anhängerschaft einen großen Teil der Lederwarenarbeiter in einen Streik zu hehen, wie er grundlos wohl noch niemals vom Jaun gebrochen ist.“ — Nun, ein krauses Durcheinander von Anschauungen über eine gegebene Situation, wie sie in besagtem Artikel zum Ausdruck gebracht werden, ist wohl schwerlich denkbar.

Der Abbau der Warenpreise ist freilich notwendig, wenn die große Masse des arbeitenden Volkes konsumfähig gemacht werden und die Absatzmöglichkeit im Inland gesteigert werden soll. Dazu gehört aber auch vor allem, daß die geringe Kaufkraft der Volksmassen nicht noch weiter herabgedrückt wird. Natürlich, das Gesetzt Müllers ist einfach: es muß eben mehr gearbeitet werden. Als wenn das der Brennpunkt wäre? Wir hören, die Läger sind gefüllt, die Fabrikanten können sie selbst nicht zu Schleuderpreisen an den Mann bringen! Im Geschäftsverkehr sollen sich bekanntlich ungemein viel Zwischenhändler eingenistet haben; diese kaufen große Lagerbestände auf und schlagen sie mit 50—100 Proz. Aufschlag auf die Preise wieder los. Aber auch die Preisbildung der Fabrikanten selbst bedürfte einer fundigen Nachprüfung; denn wenn nichts verbien würde, hätte die Offenbacher Lederwarenindustrie sich schwerlich einen so unangeheuren Reichtum an Sachwerten in wenigen Jahren aufspeichern können, wie er doch tatsächlich an Gebäuden, Lagerbeständen an Roh- und Fertigwaren, Maschinen, Werkzeugen usw. in Offenbach zu finden ist! Wir lassen uns jedenfalls keinen blauen Dunst vormachen und die Offenbacher Kollegen erst recht nicht, die wissen mehr von der Sache, als anscheinend Herr Müller weiß.

Es ist ein billiges Vergnügen für jeden Konjunkturrückgang, die Arbeiter als die Schuldlosen hinzustellen und verantwortlich zu machen. Die tieferen Ursachen liegen nicht beim Arbeiter, sondern in

der Gesamtlage, die durch die Gesamtpolitik der herrschenden Klassen herbeigeführt worden ist. Diese Unersättlichen sind ständig bemüht, im Trüben zu fischen und sich den Ertrag der Arbeit der Entrechteten und Enterbten anzueignen, ganz gleich auf welche Weise und in welcher Form. Der Profit, das schnelle Aufspeichern von Sachwerten ist bei fast allen der Zweck der Arbeit, nicht aber der Volksdienst die Förderung des Gesamtwohls, wie es eigentlich sein müßte.

Die Messe der Schuh- und Lederwirtschaft vom 3.—6. August in Berlin. Ueber die Bedeutung dieser Messe äußert sich der Direktor des Reichsamtes Dr. Schick dahin, daß sie eine der größten zu werden verspricht, welche die Lederindustrie bisher veranstaltet hat. 700 Industrie- und Großhandelsfirmen der Branche haben sich angemeldet. Dieses Interesse sei darauf zurückzuführen, daß Berlin zu einem Zentrum der Schuh- und Lederwirtschaft Deutschlands wurde, die dieser Messe den Rückhalt gebe. Berlin wisse 30 Gerbereibetriebe und Ledergerbereien auf, die sämtliche Arten von Leder herstellen wie sie die Schuh-, Treibriemen-, Portefeulier- und Lederwaren-, Sattler-, Sportartikel- und Handschuhindustrie benötigen. In Berlin gibt es etwa 200 Schuhfabrikbetriebe, die 8000 Arbeiter beschäftigen. Von den 400 deutschen Schuhgroßhandlungen haben etwa 125 der größten Handelshäuser in Berlin. Außerdem haben etwa 300 Vertreter von Schuhfabriken ihren Sitz in Berlin.

Nach der Offenbacher Lederwarenindustrie ist die Berliner die bedeutendste in Deutschland. Berlin hat etwa 200 Lederwaren- und Kofferfabriken. Einen großen Aufschwung hat die Lederleibung- und Lederfabrikation in den letzten Jahren genommen. Ledernebelbetriebe gibt es etwa 40.

Diese Messe der gesamten Lederindustrie zeigt in der Tat, daß die Unternehmer außerordentlichen Aufwand zu machen imstande sind. Bei Lohnverhandlungen fingen diese selben Herren immer andere Löhne. Da stehen sie bis an die Kassenkassette im Glend und fürchten jeden Augenblick unterzugehen. Ob denn die Untoten, die eine solche Messe verursacht, tatsächlich durch den erhofften Erfolg eingeleitet werden? In Propaganda für ihre Erzeugnisse hat es diese Industrie im allgemeinen doch auch nicht fehlen lassen. Lehten Endes müssen doch immer wieder die Arbeiter herhalten, denen man Hungerlöhne zahlt um die Repräsentationsgelegenheit so glänzend wie nur möglich zu gestalten.

Ob diese Berliner Messe so unbedingt nötig war, haben wir von vornherein bezweifelt. Diese Propagandakosten für drei Tage werden sich reichlich hoch rechnen lassen. Aber wirklich, wenn man sich nicht selbst ein Armutsgewinn sein würde und so macht man eben den Nummer mit, wenns auch noch so schwer fällt.

Baut in jeder Zahlstelle den Werbedienst für den Verband aus. Ueberall gibt es schlaue und willige Kollegen, die sich in den Dienst unserer guten Sache stellen, wenn sie nur die richtige Anweisung zur Werbetätigkeit erhalten. Sammelt die Kräfte, damit dem Verbands immer wieder neue Mitglieder zugeführt werden!

Vierzig Jahre Steinarbeiterverband.

Am 6. Juli konnte der Verband der Steinarbeiter auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Am 6. Juli 1884 wurde in Halle die Organisation geschaffen auf der Grundlage der damals bestehenden örtlichen Fachvereine. 1886 nahm man den Namen „Verband der Steinmetzen“ an und leit dem 1. Oktober 1893 führte der Verband den Namen „Organisation aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter“. Als Verbandsorgan diente der „Bauhändler“, bis im Jahre 1897 „Der Steinarbeiter“ als eigenes Verbandsorgan geschaffen wurde. Im Jahre 1897 wurde auch der Geschäftsführer fest angeheft. Bis 1900 umfaßte der Verband fast ausschließlich Steinmetzen, erst im Jahre 1902 konnte festgelegt werden, daß circa 20 Proz. der anderen Berufskategorien der Steinbranchen sich dem Verband anschließen hatten. Im Laufe der Jahre glied sich das immer mehr aus, so daß im Jahre 1922 von den 50 500 Mitgliedern nur noch 21 Proz. Steinmetzen waren.

Auch dieser Verband begann seine Laufbahn aus kleinen Anfängen mit 2000 Mitgliedern im Jahre 1886. Im Jahre 1923 schloß sich der Verband der Steinseher mit 10 324 Mitgliedern an. Die Organisation der deutschen Steinarbeiter hat es zu einer achtunggebietenden Macht gebracht. Wir wünschen derselben weiter Glück und Gedeihen zu ihrem 40jährigen Bestehen.

Die freien Gewerkschaften zum Sachverständigengutachten.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, ADGB, IFA-Bund und UDB, haben in einer Eingabe an die Reichsregierung den Standpunkt der freien Gewerkschaften zum Sachverständigengutachten wie folgt dargelegt:

„Den Gewerkschaften ist bekannt, daß die Reichsregierung eifrig an der Durchführung der Anregungen arbeitet, die das Sachverständigengutachten der Dawes-Kommission für den deutschen Haushalt und die Gestaltung der Steuern gegeben hat. Sie vermischen aber jedes Anzeichen dafür, daß auch den Anregungen nachgegangen wird, die in dem Gesamturteil der Sachverständigen über die deutsche Steuererhebung scharf umrissen worden sind. Die Sachverständigen haben der Schlussfolgerung nicht entgegen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuerstern nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Befolgung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre. Das Gutachten der Dawes-Kommission unterstreicht die Notwendigkeit, schon für das laufende Einkommensteuerjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen vorzunehmen. Das gilt in besonderer für die Einkommensteuer der sich selbst Beschäftigten und für die Auslandsverdienste, aber ebenso für eine Besteuerung der Geldwertvermehrungen und für den Abbau der Umsatzsteuer. Auch den Ertrag der deutschen Erbschafts-

Jahreswissen und Raumkunst.

Nachdruck verboten.

Ueberblick über die Entwicklungsgeschichte der Raumkunst und Dekoration.

IV. Keramische Ornamentik der alten Kreter und Griechen und ihr Zusammenhang mit der Ägyptik unserer Zeit. Als Vorläuferin der griechischen Kunststile und der Glanzzeit der griechischen Keramik (Tongeschirrkunst) ist der krethisch-mykenische Stil zu betrachten; die Geschichte der griechischen Kunst und Kunst beginnt nach den Griechen selbst eigentlich erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts vor Christi Geburt, denn die weiter zurückliegende Kulturperiode war den Griechen selbst mythisch, sagenhaft. Durch die Forschungen und Ausgrabungen der Archäologen, der Altertumsforscher, aber war es unserer Zeit vergönnt, auch in die griechische Kunstgeschichte die den homerischen Gesängen (eben um 1850 v. Chr.) vorausgehenden einen Einblick zu gewinnen und gemäß den Fundstellen und Fundstücken, hielt man sie zunächst die mykenische, jetzt aber nach ihrer wahren Heimatstätte richtiger und allgemeiner die krethisch-mykenische. Sie umfaßt die Zeit zwischen ca. 2000 und 1800 v. Chr. und diese in ihren Grundzügen merklich einheitlich bleibende Kunst ging von Kreta aus und verbreitete sich über die ägäischen Inseln nach dem griechischen Festland und dem Küstenlande Kleinasiens. Ihre Glanzzeit, nämlich die krethische Palaststilperiode und -dekoration fällt zwischen 1800 und 1300 v. Chr. Die krethische Ornamentik und Dekoration fußt auf selbständiger, unmittelbarer und frischer, nahezu unentwegter Naturbeobachtung und dem immer wieder

neuerlichen Heranziehen der pflanzlichen und tierischen Vorbilder, nicht zuletzt auch der aus der Meereswelt zur Schaffung oder Erfindung neuer Kunstformen und ornamentaler Kompositionen. Die krethische Dekoration steht damit in ihrem ornamentalen Wollen und Empfinden der ägyptischen und japanischen Stilrichtung nahe, nur löste sie sich unter der Einwirkung der harten Stilistik der Ägypter doch nicht auf die Dauer vollständig von dem überlieferteren Ornamentformelwesen und verfiel demselben später wieder mehr und mehr, aber ihre Ornamentik lebt im besonderen Motive der sogenannten Keimeln Natur, statt sich ins Monumentale zu erstrecken und zeichnet sich insbesondere durch in lebhafter Bewegung sich gebende Darstellungen aus. Die Kreter, die indessen keine Griechen waren, von denen man aber im übrigen nicht weiß, was für ein Volk oder wessen Stammes sie waren, sondern nur, daß sie als Schiffervolk das Meer von Ägypten bis hinab nach Ägypten beherrschten, sind auch die Erfinder der Firnismalerei und der keramischen Glasuren der Gefäße, die von allen späteren Kulturvölkern übernommen wurde. Insbesondere wandten sie braune, rote und fleischschwarze Firnisfarben an und das Anwendungsgebiet ihrer Ornamentik ist die Dekoration der Tongefäße, welche die älteren Kulturvölker nur die matte Malerei (mit nichtkeramischen Farben) kannte. Der bedeutende Unterschied ist technisch der, daß die keramischen oder Schmelzfarben während des Brennens des Tongeschirrens oder Gefäßes eine glänzende glasartige Oberflächendeckung auf dem porösen Tonkörper ergeben und damit die Stelle für Feuchtigkeit unbedränglich machen und überhaupt mit dem Tonkörper fest verwachsen, so daß solche Malerei nicht nur ein schöneres, edleres Aussehen aufweist, sondern sich selbst

mit den bemalten Gegenstand konkurriert. Nachdem sich die Kreter von der anfänglich zu erkennenden Abhängigkeit von der stilistischeren Pflanzenwelt der Ägypter freigerungen hatten, ergeben sie sich nicht mehr in botanischer Genauigkeit, sondern am liebsten in der Herausstellung des lebenden beweglichen Organismus der Pflanze und verstehen es, das organische Leben sehr in sehr stilistischen Pflanzenzeichnungen zu sprechendem Ausdruck kommen zu lassen, ebenso das Spiel des Windes und der Wogen mit der Pflanze und so gelangten sie auch zu einem noch ganz neuen Dekorationsmotive, zur gewundenen fortlaufenden Sphäranke, die während ihres Verlaufs Blätter oder auch nur Spiralen treibt, womit sie die auszufüllenden Hohlräume belegt. In ihrer Rante spricht sich eine große Natürlichkeit und Ungezwungenheit aus gegenüber der steif und unnatürlich anmutenden Kunst (geometrischen, nämlich Bogen-) form der Ägypter, die Kreter sind ebenso vielseitig in der Formgebung der Gefäße wie in der Schilderung der Pflanzen und Tierwelt, insbesondere auch der Klein-tierwelt des Meeres und des Meeresgrundes. Sie führten damit eine Menge ganz neuer Motive in die Ornamentik ein und bereicherten damit dieselbe in ebenso mannigfacher wie sinnerreicher Weise, und darin ist es auch begründet, daß diese kleinen ornamentalen Spiele und Einzelschöpfungen sich in der Ornamentik und nicht bloß jener der Gefäßkunst bis in unsere Zeit fortspitzelten und forterhielten, obwohl die hohe krethisch-mykenische Kultur, die bis zum Schluß des zweiten Jahrtausends v. Chr. währte, das durch die großen dorischen Völkerwanderungen unterdrückt und vernichtet wurde. (Fortsetzung folgt.)

steuer haben die Sachverständigen als „außerordentlich niedrig“ bezeichnet.

Die Gewerkschaften ersuchen die Reichsregierung um Aufklärung darüber, welche Maßnahmen im besonderen nach dieser Richtung im Interesse einer gerechten Verteilung der Webergutmachungslasten in Angriff genommen worden sind.

Die Spitzenverbände halten eine Aussprache mit der Reichsregierung für außerordentlich dringend. Wichtige Interessentenorganisationen organisieren systematisch den Widerstand gegen die Staatsnotwendigkeiten und schreden dabei, wie erst jüngst die Vertreter der Landwirtschaft, sogar vor Drohungen nicht zurück.

Die Amerzschichten bitten die Reichsregierung, zunächst bald Tag und Stunde zu einer Aussprache mit Vertretern der unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände bestimmen zu wollen.

Rundschau.

Sozialdemokratische Interpellation im Reichstage. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation über sozialpolitische Maßnahmen eingebracht, die folgende Fragen stellt: Ist die Regierung bereit:

- 1. In Uebereinstimmung mit den Erklärungen der englischen Regierung das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag zu ratifizieren?
2. Die vom Reichstag wiederholt gefassten Beschlüsse auf Verschärfung von Arbeitslosigkeit auszuführen...
3. Gegen den von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand...
4. Die Schlichtungsausschüsse anzuweisen, die Verlängerung der Arbeitszeit nur bei zwingendem Nachweis...
5. Von den Befugnissen der Verordnung über das Kartellgericht Gebrauch zu machen...

Die Geldbeträge im Gewerbeurteilsgesetz. Durch eine Verordnung vom 6. Juni werden auch im Gewerbeurteilsgesetz die Geldbeträge wieder in Goldmark ausgedrückt.

Am § 3, Absatz 2, der eine Gehaltsgrenze festsetzt, bis zu welcher Betriebsbeamte, Werkmeister usw. als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes gelten, betrug diese Grenze früher 2000 M., sie ist jetzt auf 5000 M. erhöht.

Am § 55 ist die Rede von der Berufung gegen Entscheidungen des Gewerbegerichts. Früher war die Berufung zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes 100 M. überstieg.

Die der Berufung oder dem Einspruch unterliegenden Urteile sind nach § 57, Absatz 2 für vorläufig vollstreckbar zu erklären, wenn der Wert des Streitgegenstandes 300 M. (wie früher) nicht übersteigt.

Am § 58, der von den Gebühren handelt, ist der ursprüngliche Wortlaut wieder hergestellt. Die Gebühr beträgt also bei einem Gegenstand im Werte bis 20 M. 1 M., über 20 bis 50 M. 1,50 M., über 50 bis 100 M. 3 M.

Die neuen Sätze traten am 21. Juni in Kraft.

Lohnbewegungen und Streiks.

Leberrwarenindustrie.

Offenbach-Frankfurt: Streik.

Tapezierergewerbe.

Dresden: Streik der Ledermöbelarbeiter. Marburg: Lohnstreik (Firma Schäfer). Freilberg i. S., Geringswalde, Waldheim: Streik.

Coblenz: Lohnarbeitsstreik beendet. Sallet Zugzug nach den bestreikten Orten fern!

Verbandsnachrichten.

(Befanntmachungen des Vorstandes der Deutscher Verbandsvereinigungen.)

In der Woche vom 13. bis 19. Juli ist der 29. Beitrag fällig.

Es ist das mindeste, was von jedem Verbandsmitglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Das ist Ehrensache!

Wer seiner Organisation die Beitragszahlung verweigert, nimmt ihr den Betriebsheiß!

Die in Nr. 13 unserer Zeitung veröffentlichten neuen Beiträge sind mit Beginn der 27. Woche, das ist mit Sonntag, den 29. Juni, in Kraft getreten.

Sämtliche restierenden Wochenbeiträge sind nunmehr mit den neuen Marken zu den dafür gültigen Bestimmungen nachzuzahlen.

Beitragszahlung der Kurzarbeiter.

Während der Inflation hat der Vorstand auf Anregung mehrerer Verwaltungsstellen festgestellt, daß Kurzarbeiter einen wöchentlichen Beitrag entsprechend ihres Wochenverdienstes teilen durch 40 bezahlen.

Berlin. Der Neuaufbau der Jugendabteilung ist vorgenommen worden. Die Versammlung der Lehrlinge und Jugendkollegen vom 1. Juli hat beschlossen, alles zu tun, um die Jugendbewegung auf ihre alte Höhe zu bringen.

Die erste Veranstaltung findet am 13. Juli in Form eines Ausfluges nach Königs-Wusterhausen statt. Meldungen zur Teilnahme bis zum 11. Juli (Freitag) auf dem Bureau.

Adressenveränderungen.

Chemnitz. R. A. Braun, Zwisdauer Str. 152 part., Eingang Schiffsstr.

Veranstaltungskalender.

Dortmund. 18. Juli.

Ehrensache eines jeden

Nur dem organisierten Arbeiter gehört die Zukunft der Welt: Er ist der Kämpfer für eine bessere, gerechtere Ordnung, der Bannerträger einer neuen Zeit.

Den größten Teil am gesellschaftlichen Einkommen nehmen sich jene, die überhaupt nicht körperlich arbeiten. Den nächstgrößten jene, die fast nur nominal arbeiten, und so schrumpft der Anteil immer mehr zusammen, wie die Arbeit schwerer, unangenehmer usw. wird.

Sterbefafel.

Dresden. Im Alter von 21 Jahren Johannes Reckhausen, gestorben in Leipzig. Hamburg. Im Alter von 55 Jahren Richard Meumann, Treibriemer, am 30. Juni. Im Alter von 62 Jahren Paul Eger, Tapezierer, am 4. Juli.

Zentral-Kranken- und Sterbefafel der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Ab 1. Juli 1924 tritt mit der Einführung der Familienversicherung folgende Satzungsänderung in Kraft, die wie allen Mitgliedern und Berufsgenossen zur Beachtung unterbreiten. Es gestalten sich dann die

Beiträge und Leistungen der Ersatzabteilung A

Table with 6 columns: Klasse, Wochenbeitrag, Grundbeitrag, Beitrag, Krankengeld, Sterbegeld. Rows 1-6 showing increasing contribution levels and corresponding benefits.

Wochenbeiträge der Ersatzabteilungen nach den gesetzlichen Bestimmungen und 10-jähriger Mitgliedschaft am 19. Pros.

Die Versicherung in der Ersatzabteilung A erfolgt für die versicherungspflichtigen Mitglieder nach dem Grundlohn, einwirkend ihres Lebens. Die Klasse I gilt nur für Leistungen und monatliche Beiträge bis zum 10. Lebensjahr.

In der ab 1. Juli 1924 neu eingeführten Familienversicherung können die Mitglieder der Ersatzabteilung A gegen einen wöchentlichen Beitrag von 60 M. pro Familie versichern.

Beiträge und Leistungen der Ersatzabteilung B

Table with 4 columns: Klasse, Wochenbeitrag, Krankengeld, Sterbegeld. Rows 1-3 showing contribution levels and benefits.

Erhöhung der Sterbegelder nach 10-jähriger Mitgliedschaft am 10. Pros.

In beiden Abteilungen wird das Krankengeld für jeden Kalendermonat bis zum Ende von 30 Wochen gewährt; die Versicherungspflicht besteht bis zum Ende von 20 Wochen.

Die hiesigen bestehenden Zentral-Sterbefafel der Tapezierer und deren Frauen Deutschlands bietet auf vorbestimmter Grundlagel weiter die gute Versicherung für den Sterbefall sowohl für alle Mitglieder der Zentral-Krankenkasse der Tapezierer als für deren Frauen.

Unsere Berufsvereinsklasse besteht seit 1884; sie besitzt in allen größeren Orten ein Arbeitsamt, wo Eintritt bewirkt und jede Auskunft über Satzungsbestimmungen erteilt werden.

Der Vorstand. A. H. G. M. e. V.